

Der Gefellschaffter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Mittwoch, den 23. Mai 1923

Bestellstelle Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind dabei von bestem Erfolg.

Telegraphische Adressen: Nagold, 120. — Stuttgart, 1113.

Telegraphische Adressen: Nagold, 120. — Stuttgart, 1113.

Ersteinstellung in jedem Heft...
in Mai 2800.—
Anzahl 120.

Einzelnummern für die...
in Mai 2800.—
Anzahl 120.

Nr. 117

Mittwoch, den 23. Mai 1923

97. Jahrgang

Tagespiegel

Reichskanzler Dr. Cuno und Außenminister Dr. v. Rosenbergs sind aus kurzem Flugurlaub wieder in Berlin eingetroffen. Die Antwort auf die Noten der Verbändlungsdelegation wird im Lauf dieser Woche festgestellt.

Bei Bonar Law wurde am Montag eine Kehloperation vorgenommen. Das Befinden ist unverändert.

Marshall Joch ist von seiner Reise nach Polen und Tschechien wieder in Paris eingetroffen.

Armenier sollen einen Merkauschlag auf Jomed Balcha in Lausanne vorbereitet haben. Die Schweizer Polizei hat Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Wieder Krach in Lausanne

Aus Lausanne erhält unser Berliner Mitarbeiter folgenden Sonderbericht eines Schweizer Mitbewerbers: Es sieht so aus, als ob auch die neue zweite Orientkonferenz zu Anfang aufzuliegen wolle. Auf der Oberfläche der türkisch-griechischen Verhandlungen — es handelt sich doch nicht äußerlich immer noch um den Friedensschluss zwischen den beiden letzten Kriegsgegnern — haben sich die Gegensätze heillos zugespitzt. Jamer Balcha verlangt Reparation der von den griechischen Truppen in Kleinasien angerichteten Schäden. Die Griechen wollen dagegen aufrechnen mit den Kosten, die sie seit 1915 für Bewehrung aller Nationalitäten aus Kleinasien „ausgegeben“ haben. Keiner von den Kampfparteien will dem andern etwas nachgeben. Man erwartet Vermittlung von den allierten Großmächten. Wie steht es aber bei diesen? Frankreich hat einen besonders sorgfältigen Unterhändler zur französischen Konferenz nach Lausanne entsandt, den General Vesle, der sich schon seit zwei Jahren mit den Türken herumstreift und die orientalische Auffassung von Diplomatie aus dem Hüt beherrscht. Aber der scharfe Ton, man möchte fast sagen, die Poincaréschen Ruhrtreuegeheimnisse, die Vesle in Lausanne zeigt, finden bei den übrigen Verbänden keinen Anklang. Was sich zurzeit in der Reparationspolitik zwischen Paris, London und Rom abspielt, läßt keine Rückschlüsse auf die Orientkonferenz zu. Es ist nicht mehr zu verhehlen, daß sich Italien langsam von Frankreich abhebt und daß England den Vorgängen beharrlich mit Gleichgültigkeit zusieht. Es scheint, in dem englischen Verhalten liegt eine ganz bestimmte Taktik, die es auf keinen Fall verhindern will, wenn sich Frankreich im Orient kriegerisch bindet. Dies wäre die englische Vergeltung für die französischen Anträge der ersten Konferenz. Und wenn ein so maßgebendes Frankreich nicht wie das Journal des Débats einschätzt, daß Frankreich in Lausanne völlig isoliert sei, dann ist es auch hier mit dem Frieden und der Einigung Europas schlecht bestellt. Als die zweite Konferenz zusammentrat, stellte sich heraus, daß die Engländer sich den Türken und die Franzosen den Griechen gegenüber hatten. Als vollständige Verschiebung hinter der Front. Dieser Stellungswechsel verdrängte sich zu den Gerüchten, daß es zwischen Frankreich und der Türkei zu einem Kriege kommen werde. Die türkischen Truppenansammlungen an der syrischen Grenze wurden enthielt und sogar von dem Konstantinopeler Demetri nicht völlig gelugnet. Bezeichnend für die französische Master, alles mit Propaganda machen zu wollen, ist der Ruf, den die beiden als Türkenfreunde bekannten Romanisten Pierre Loti und Claude Farrère an die Türken gerichtet haben. Sie weisen auf die Freundschaft und die Opfer Frankreichs für die Türkei hin und meinen, es wäre sehr ungerecht, wenn die Türkei Frankreich zürnen, weil es bisher ihre Hoffnungen nicht habe verwirklichen können. Es wäre doch eine merkwürdige Verirrung, wenn die Türkei jetzt England alles zugestehen und Frankreich alles verweigern wolle. Von England hätte die Türkei wirtschaftliche und wahrscheinlich auch politische Unterstützung zu erwarten. Schrecken nicht die Spuren Ägyptens? ... So offen spricht man sich also schon aus England jetzt sich beliebt zu sein, und man erledigt in Lausanne nur noch Fragen von zweiter Bedeutung, indem man den ganzen im Februar festgesetzten Friedensvertrag nach einmal herinnert und ihn Punkt für Punkt erweitert. Diese Methode, der sich Frankreich mit großer Erleichterung widerragt, ist auf Antrag Jomer Balchas durchgeführt worden, was für die türkische Delegation einen Sieg bedeutete. Ebenso hat Frankreich den bösen Schlag der Chেষerverträge noch nicht überwunden. Diese Konventionen mit den amerikanischen Konventionen. Chেষer-Konventionen betreffen den Ausbau des Hafens von Samson und der anatolischen Bahnen, sowie eine Ausdehnung der Bodenschätze 1/2 portugiesische Kilometer zu beiden Seiten des Bahnhofs. Der „Kocher“ der Vereinigten Staaten spricht bereits eine ganz andere Sprache als auf der ersten Lausanner Tagung. In die Stelle des alten Versprechers der offenen Tür, Deutschland, ist jetzt Amerika getreten. Es ist an Kapital reich und durch eine Koalition ist ihm vorläufig nicht bezuzummen. Die amerikanischen Verhandlungen öffnen auch kleinen europäischen Staaten den Weg in die Türkei. So hat jetzt eine Schweizer Konferenz zusammen mit einem englischen Konvention unter Führung von Kischild die anatolischen Bahnen und ihre Fortsetzung nach Bagdad, also die alte deutsche Bagdadbahn von den Türken föhlich erwor-

ben. Die Dinstler wollen sich dabei ins Schlepptau der englischen Banken nehmen lassen. Die Franzosen geraten aber offensichtlich auch hier ins Hintertreffen. Daher ist die Sorge gegen die Chেষerkonventionen, soll heißen gegen die offene Tür. In diesem ihrem Sinne werden sie vielleicht auch die zweite Friedenskonferenz von Lausanne auszuändern zupressen suchen. Wann wird diesem veruchten Treiben endlich einmal von den anderen Vätern ein energisches Halt geboten?

Zwischenspiel

Das französische Verhandlungsprogramm

Da es feststeht, daß die deutsche Antwort auf die Noten der Verbändlungsdelegation erst nach den Fingierverträgen und dann erst Ende der Woche zustandekommen wird, vertreiben sich die Berliner Berichterstatter der Antantepresse in ihrer Ungeduld die Zeit mit dem Steigern von Verhandlungsfragen und — Enten —. Der Korrespondent des „Petit Parisien“ weiß zu berichten, Außenminister Dr. Rosenbergs habe dem Kaiser seinen Rücktritt angeboten. Dieser aber habe ihn nicht angenommen. Der Vertreter des „L'Echo de Paris“ will erklären haben, der Reichsmannschaftsleiter Hermann „rückte immer mehr von den übrigen Ministern des Kabinetts ab und wolle sich für die Zukunft freie Hand behalten“. Diese Treiderei geht durchaus nicht anfangs von der französischen Presse aus. Auch in London scheint man auf den Sturz der derzeitigen Regierung hinarbeiten zu wollen, um von Berlin ein zweites Angebot zu bekommen, das sich von dem ersten „grundständig“ unterscheidet. Behauptet doch der „Daily Telegraph“ in spanienischen Ausführungen, die deutsche Sozialdemokratie sei die einzige Partei, die eine wirkliche Erfüllungspolitik einleiten und die bestmögliche Wirtschaft des gegenwärtigen Kabinetts wieder in Ordnung bringen könne.

Die deutschen Parteien, auch die Sozialdemokratie, werden der Entente diesen Gestalten nicht tun. Die Verbändlungen müssen sich, wenn sie nun wirklich zu Verhandlungen kommen wollen, mit den Richtlinien der Entente Vor schläge vertraut machen. Das neue deutsche Angebot kann nur eine Erweiterung und Klärung der ersten Note bringen, nicht aber die „Kapitulation“. Das weiß man ja auch in Paris ganz genau, und deshalb bereit man sich jetzt dort, eine möglichst einseitige Schlichtung mit England gegen die deutsche Diplomatie herzustellen. Mit anderen Worten, man ist jetzt endlich bereit, innerhalb der Entente zu verhandeln. Mit dazu durchgehender Schwaunerei erklärt der Pariser „Matin“, Belgien wüßte liebhaft, daß Frankreich sich zu Verhandlungen mit England und Italien bereit finde. „Petit Journal“, bekannt als Sprachrohr Loucheurs, ist schon deutlicher. Er fordert offen von Poincaré, daß er sich schleunigt und unmittelbar mit England in Verbindung setze, um aus einem gemeinsamen Vorhaben das Höchste für Frankreich herauszuholen.

Was ist nun das Höchste für Frankreich? Welches Programm soll Poincaré für die Verhandlungen mitbringen? Loucheur hat es am vergangenen Mittwoch in seiner Rede in Vincennes mit anerkanntswürdiger Rücksichtlosigkeit auseinandergesetzt. Man kann ruhig sagen: Er hat die Waage stellen lassen. Zwischen seiner der Grobindeutlichkeit „wirtschaftlichen Politik“ und der herrschsüchtigen Gewaltpolitik Poincarés ist kein Unterschied mehr. Loucheur gab zu, daß er ursprünglich Gegner der Ruhrbesetzung gewesen sei, aber nur weil die Engländer nicht gleich mit im Spiel waren. Jetzt, wo das Abenteuer „geglückt“ (?) ist, lasse er Mut. Deutschland werde sich in einem oder höchstens zwei Monaten für besetzt erklären und dann könne es sicher sein, daß Frankreich von seinen Forderungen nichts aufgeben. — Worauf Loucheur seine Soggegewißheit stützt, gab er nicht an. Er erklärte nur grobmäÙig, Frankreich werde eine „durchaus vernünftige“ Summe verlangen. Was die Sicherheiten anbelange, so fordere Frankreich erstens wirtschaftliche; die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen und Zölle und, weil es in einem hingibt, 25 v. H. der Einnahmen der deutschen Industrie. Zweitens politische Sicherheiten: Trennung der Rheinlande von Preußen und internationale Eisenbahnverwaltung. Ist das etwas anderes als das Programm Poincarés, der zwar am Tag nach Loucheurs Rede in seiner Kabinettsablenkung vor den Kammerausschüssen die Ruhrbesetzung als Sicherung für die französische Ökonomie dem Wort nach absegnete, im übrigen aber verkündete, Frankreich werde die Besetzung ausdehnen, solange es nötig sein werde, und die Ruhr nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen räumen? Also Hoffmeister! Die rufenmäßige Ruierung macht auch Loucheur zur Bedingung von Verhandlungen. Frankreich müsse es jetzt machen, wie Deutschland 1871 mit den französischen Besetzungsgebieten. — Ein höchst schiefes Beispiel! Das Gegenstück zu dem 1871 besetzten französischen Gebiet sind die Rheinlande, nicht das Ruhrgebiet. Die Ruierung der Rheinlande ist durch den Versailler Vertrag geregelt. Der Einbruch ins Ruhrgebiet erfolgte vertrags- und völkerrightswidrig. Die kommende zweite deutsche Note wird in dieser künstlichen Verwirrung der Begriffe, wie sie jetzt auf französischer Seite versucht wird, etwas aufzuklären müssen.

Rücktritt Bonar Laws

London, 22. Mai. Bonar Law hat am Samstagabend durch seinen Anwalt erklärt und seinen Schwagererjohn dem König, der sich gerade im Militärlager in Aldershot befindet, sein Rücktrittsgesuch überreichen lassen. Der König hat das Gesuch angenommen.

Bonar Law hat sich zum Rücktritt entschlossen, nachdem die Londoner Bezte feststellten hatten, daß die Erholungsreise nach Italien nicht nur keine Besserung des Kehlopfleidens gebracht habe, sondern daß eine Wendung zum Besseren in nächster Zeit überhaupt nicht zu erwarten, mit anderen Worten, daß die Krankheit unheilbar sei. Bonar Law hat die Stimme bereits ganz verloren. Entsprechend der ersten Art seines Leidens ist auch das Allgemeinbefinden Bonar Laws wenig befriedigend. Der Rücktritt war aus diesen persönlichen Gründen unvermeidbar geworden.

Nicht aus politischen Gründen. Gewiß war die Stellung seines Kabinetts keine leichte. Er hatte die Erblichkeit Lloyd Georges anzutreten, der hemmunglos seiner blinden Kriegsmut ergeben, den englischen Staatsfarren gründlich verfahren und das stolze Großbritannien in die zweite Linie hatte drängen lassen. Als Lloyd George merkte, was er angerichtet hatte, war es zu einer Korrektur zu spät und er, der leidenschaftliche Politiker, war dem aufglatzten Poincaré, der als Vorsitzender des Kammerausschusses für Auswärtiges schon unter Briand die Seele der französischen Politik war, in keiner Weise mehr gewachsen, nachdem die Amerikaner sich „von der europäischen Politik zurückgezogen“ hatten. England stand wieder, wie zur Zeit des Burenkriegs, in „Bereinstimmung“, nur war sie keineswegs so „glänzend“ mehr wie am Anfang dieses Jahrhunderts. Die berühmte „Weltabwertung“, die dann in Washington den Schaden stiftete, war ein Schlag ins Wasser. Frankreich hat sich nicht an sie gehalten und infolgedessen machten die andern auch nicht mehr mit; in Wirklichkeit hält es jeder Verbändungsmitglied mit der Rüstung oder Abrüstung so, wie er es selbst für gut findet.

Am Orient mußte Poincaré durch die Unterstützung der Türken gegen die von England unterstützten Griechen Großbritanniens ebenfalls in eine schiefe Lage zu bringen, die eine Stellung wegen der mohammedanischen Bewegung und der Haltung Russlands einen gefährlichen Charakter annehmen zu lassen schien.

Unter diesen Verhältnissen mußte Bonar Law die Regierung übernehmen. Man hat ihm oft, auch im eigenen Land, zum Vorwurf gemacht, daß er sich nicht zu einer entschlossenen Stellung gegen die französische Politik, besonders nach dem Einfall ins Ruhrgebiet, habe aufschwingen können, obwohl über die Verderblichkeit dieser Politik gerade für Englands Interessen wohl niemand über dem Kanal im Zweifel sein kann. Aber man wird billigerweise noch zugeben müssen, daß Bonar Law vom englischen Standpunkt aus kaum mehr eine andere Haltung beobachten konnte, nachdem dank der Kurzsichtigkeit Lloyd Georges Frankreich eine derartig übertragende Nachstellung in Europa gewonnen hatte, daß selbst die amerikanische Politik ängstlich darauf bedacht ist, die Wege der französischen nicht zu kreuzen. Dabei haben aber weder Bonar Law noch seine Ministerkollegen das britische Ziel doch keinen Augenblick aus dem Auge verloren, ein Ziel, mit dem die gegenwärtige Vormachtstellung Frankreichs allerdings schließlich unvermeidbar ist. In diesem Ziel wird die britische Politik festhalten, welcher Parteirichtung auch die jeweilige Regierung sein mag. Vom moralischen und Rechtsstandpunkt aus wäre zu erwarten gewesen, daß England dem frohen Vertrags- und Rechtsbruch des Ruhrereinsfalls gegenüber als Unterzeichner und Bürge sich nicht damit begnügt hätte, die Gewalttat als „unmütig“ zu bezeichnen. Aber was soll Moral und Recht in der hohen Politik, wo nur die Macht gilt? Und des gegen Deutschland verübten Verbrechens wüßten nicht sich kein englischer Minister, und würde er der äußersten Linken angehören, in offenen Gegenzug zu Frankreich bringen lassen. — Dazu ist die Zeit noch nicht gekommen.

Es ist für Deutschland darum auch unerheblich, wer der Nachfolger Bonar Laws sein wird, ob Baldwin, der Schatzkanzler, dessen Richtung mit der Bonar Laws innerhalb der Konservativen Partei am meisten übereinstimmt, oder Lord Curzon, von dem viele in Deutschland so sehr enttäuscht worden sind, der aber für seine Kandidatur das Schwergewicht in die Waagschale werfen kann, daß er ein Schwagererjohn des Barons von Rothschild ist. Oder mag ein anderer an die Stelle Bonar Laws treten, — wir Deutsche werden uns keines andern zu versehen haben als dessen, was die halbamtliche französische Presse dem schreibenden Bonar Law nachschreibt: er war, nehmst alles nur in allem, ein Freund Frankreichs.

Die Meinung in Paris

Paris, 22. Mai. „Petit Parisien“ schreibt halbamtlich: Man hofft in Frankreich, daß der neue englische Premierminister, wer es nun sein möge, ob Lord Curzon, Baldwin oder Balfour, ernsthaft prüfen wird, ob es unter den gegenwärtigen Umständen nicht von Bedeutung ist, die Beziehungen zwischen England und Frankreich fester zu vertiefen. Die allgemeine politische Lage hat sich seit



der Monaten gedauert. Die türkischen Widerstände in Roume erfordern eine immer engerer Einigung zwischen London und Paris, um nicht in Vauvance zum zweiten Male Schiffsbruch zu erleiden. Gegenüber dem jetzigen Stande können die beiden Regierungen die gleiche Politik der Ruch und Reserve einschlagen zu wollen. Bezüglich der Ruhr ist es für jedermann klar, daß Frankreich gewonnenes Spiel hat und daß die Franzosen und Belgier dort ein Pfand besitzen, das die deutsche Großindustrie zwingen wird, sich ernstlicher mit der Entschädigungsfrage zu beschäftigen. Die Gelegenheit war nie besser, um die internationale Front herzustellen, welche die erste Bedingung für den Wiederaufbau und die Behebung Europas ist.

Der Ruhrkrieg

Neue Gewalttaten

Genève, 22. Mai. Wegen einer Schießerei auf dem Bahnhof wurde Bürgermeister Pohl durch ein hartes Truppenaufgebot mit 8 Panzerwagen verhaftet. Bei seiner Abführung brachte die Menge türkische Haderufe auf den Straßen aus. Die Stadt hat bis 10. Juni 50 Millionen Mark Strafe zu zahlen. Es ist indessen festzustellen, daß die Schiffe auf die Bahnhofsmauer von Franzosen abgebrannt worden sind. (Sie sollten wohl einen Vorwand für die Weidrepression bilden.)

Bohüm, 22. Mai. Wegen verweigerter Herausgabe der Bücher und Kassen wurde der Vorstand des Finanzamts Schulze Seinen, zu 3 Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Mannheim, 22. Mai. Am 16. Mai verhafteten drei französische Soldaten eine Frau in der Fröblichstraße nach dem Elektrizitätswert zu schleppen. Als die Frau sich weigerte drohten sie mit Erschießen. Auf die Hilferufe der Frau kam eine Menge an, welche Gelegenheit die Frau benutzte, um zu entfliehen. Die französischen Soldaten über deren Abfuhr in diesem Fall kein Zweifel besteht, scheinen sich in Mannheim wie auch anderwärts die Zeit mit denartigen Ausschreibern der Bevölkerung zu verbringen zu wollen.

In Ludwigshafen wurde ein betrunkener Marokkaner von vier französischen Offizieren so schwer mißhandelt, daß er bewußlos auf der Straße liegen blieb. Sie mußten ihn dann selbst in sein Quartier tragen.

Die chemische Beute

Endersbach, 21. Mai. In der Badischen Anilin- und Sodafabrik sind die von den Franzosen eingestellten Arbeiter zummeist von morgens 4 bis abends 7 Uhr in verschiedenen Schichten damit beschäftigt, die beschlagnahmten Kartoffel abzufahren. Hauptächlich wird das Ammoniaklager leer abgebaut. Obwohl den Franzosen nach dem Versailles Vertrag nur das Recht zusteht, 25 Prozent in Anspruch zu nehmen, holen sie bedeutend größere Mengen.

Die drei am Befestigung als Geiseln festgenommenen Franzosen werden noch immer im Hauptgebäude der Firma festgehalten.

Wien, 22. Mai. Die belgischen Befestigungsarbeiten in Duisburg-Ruhrort sollen durch zwei weitere Bataillone verstärkt werden.

Genève, 22. Mai. Die von den Belgiern angemerkten 80 deutschen Arbeiter auf dem Bahnhof in Krefeld sind meist aus dem Dienst gejagte Eisenbahnarbeiter im Alter von 20 Jahren. Sie müssen sich durch schriftlichen Vertrag zu 11-tägiger täglicher Arbeit verpflichten, wovon die 11. Stunde als Lohndiener bezahlt wird. Ungelernte Arbeiter erhalten 2000. gelehrte 3000 Mark in der Stunde, aber keine Verpflegung und keine Wohnung.

Gedrückte Hoffnung

London, 22. Mai. Der rheinische Berichterstatter der „Times“ schreibt zu der Beschlagnahme der Borräte der Badischen Anilin- und Sodafabrik und anderer Werke, die Franzosen werden an ihrer Beute nicht viel Freude erleben. Die Chemikalien werden gewöhnlich erst vor ihrer Verwendung gebrauchsfähig gemacht und die Franzosen werden wahrscheinlich nur einen Haufen Säcker mit chemischen Stoffen erobert haben, mit denen sie nichts anfangen wissen. — Von deutscher Seite wird dies bestätigt.

Beleidigung Deutschlands

Paris, 22. Mai. Nach dem „Matin“ erklärte der Kriegsminister in einer Rede auf einem Bankett ehemaliger Kriegsteilnehmer in Clermont: Die Welt soll wissen, daß wir aus dem Ruhrgebiet erst dann wieder herausgehen werden, wenn wir annehmbare Vorschläge erhalten haben. Diese dürfen selbstverständlich keinerlei Einschränkung unserer Forderungen enthalten und müssen Sicherheiten bieten, die wir von einem illoyalen (unaufrichtigen) Land wie Deutschland zu fordern berechtigt sind. — Das halbamtliche „Journal des Debats“ bezieht sich, die unverschämte Beleidigung etwas abzuschwächen.

Der Putsch in Triest

Triest, 22. Mai. Nach den Vorgängen im städtischen Gefängniswerk am Pfingstamstag begaben sich die Sonderbündler zum französischen Oberdelegierten, um eine gegen das Werkdirektorium ausgearbeitete Anklageschrift vorzulegen. Später erhielt die Stadtverwaltung die Mitteilung, daß das Direktorium des Werks auf Befehl des Oberdelegierten abgesetzt sei und die Werksangehörigen Weiß und Schneider zu Direktoren eingesetzt seien. Diese beiden hatten sich am Putsch beteiligt. Die Stadtverwaltung und die Arbeiterchaft nahmen heute zu der Lage Stellung. Die beiden Feiertage sind ruhig verlaufen.

Wien, 22. Mai. Die „Köln. Zeitung“ meldet aus Krefeld: Die Besatzungsbehörden verhängten über den Stadt- und Landkreis Krefeld sowie den Kreis Kempen die Verkehrsperre für vorläufig 10 Tage. In den letzten Tagen wurden nämlich auf der Bahnstrecke Krefeld-München-Gladbach in der Nähe des Forsthauses zwei Bomben gefunden, von denen die eine zur Entzündung taug. Dabei wurde eine von den Besatzungsgruppen geführte Lokomotive mit Güterwagen schwer beschädigt.

Täglich kann abonniert werden.

Neue Nachrichten

Die Forderungen Amerikas an Deutschland

Washington, 22. Mai. Der gemischten Kommission, die zur Feststellung der aus dem Kriege herrührenden Verbindlichkeiten Deutschlands eingesetzt wurde, ist heute eine Aufstellung dieser Verbindlichkeiten zugegangen. Sie umfaßt sowohl Ansprüche der Bundesregierung, als auch solche der amerikanischen Staatsbürger und gibt den Gesamtbetrag der Forderungen mit annähernd 1 1/2 Milliarden Dollar an. Die Forderungen der Regierung betragen 388 Millionen Dollar. Der kleinste Betrag unter den insgesamt 12 416 Anspruchsforderungen stellt sich auf einen Dollar. Unter den privaten Ansprüchen stehen die Forderungen im Zusammenhang mit dem Untergang der „Austonia“ an der Spitze der Liste. Sie betragen sich auf mehr als 22 Millionen Dollar. Diese Forderungen werden von der gemischten Kommission an erster Stelle behandelt.

Zabelhafter deutscher Reichtum in Amerika

Paris, 22. Mai. Wie der „Newport Herald“ aus Washington berichtet, ist lebhaftes Interesse durch Nachrichten erweckt worden, wonach Deutschland über ein Guthaben in den Ver. Staaten verfügt in Form von Goldbeständen von einer Milliarde Dollar, die auf Verzug zurückzuführen werden könnten, sobald die amerikanischen Bankiers, wenn sie die Zurückzahlung verweigern wollten, gezwungen wären, Deutschland eine große Anleihe zu gewähren. Indessen werde die angegebene Höhe des deutschen Guthabens hart bezweifelt. Hr. Brown Jones vom Außen- und Inneministerbüro, der den Stand der Goldvorräte in den Ver. Staaten studiert habe, erkläre, der genaue Betrag der Goldbestände oder Goldwertigkeiten, die Deutschland in den Ver. Staaten angeammelt habe, lasse sich zwar nicht abschätzen; er halte ihn aber nicht für höher als 500 Millionen Dollar, eher für niedriger. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ein etwaiger deutscher Versuch, das Gold zurückzuführen, ein solches Ansehen des amerikanischen Bankiers zur Folge hätte, bezweifelt Hr. Jones, daß es irgend einem Lande auf diese Weise möglich wäre, in angemessener Zeit auch nur 250 Millionen Dollar in den Ver. Staaten aufzubringen. Dagegen habe eine offizielle Persönlichkeit des Schatzamtes bei Besprechung der gleichen Möglichkeiten die überraschende Erklärung abgegeben, daß die amerikanischen Bankiers es begrüßen würden, Deutschland mindestens zwei Milliarden Dollar zu leihen, wenn die Reparationsfrage geregelt und ausreichende Sicherheiten geboten würden.

Englische Flottenkundgebung vor Konstantinopel

London, 22. Mai. Ein großer Teil der englischen Mittelmeerflotte hat Befehl erhalten, nach den Dardanellen abzugleichen.

Warnung an Griechenland

Paris, 22. Mai. Der französische Gesandte in Athen teilte der griechischen Regierung mit, die französische Regierung wüßte raten, an die türkische Regierung in Ankara ein Ultimatum zu richten und militärische Unternehmungen zu machen. Einen entsprechenden Schritt sollen die Gesandten Englands und Italiens in voriger Woche in Athen getan haben.

Vormarsch der Lärken?

Caen, 22. Mai. In Konkretenreisen wird die Meldung verbreitet, türk. Truppen seien in Osttrazien gelandet.

Erhöhung der Eisenbahngebühren

Die vom Ausschuss des Reichseisenbahnrates in Vorschlag gebrachte Tarifserhöhung wird am 1. Juni in Kraft treten. Die Erhöhung beträgt für die Güter- und Viehtransporte etwa 50 v. H., für die Personen- und Gepäcktarife rund 100 v. H. Es werden sich danach die Sätze für den Kilometer erhöhen für den Personennverkehr in der 4. Klasse von 16 auf 33 M., in der 3. Klasse von 24 auf 50 M., in der 2. Klasse von 48 auf 100 M., und in der 1. Klasse von 96 auf 200 M. Die Erhöhung der Gepäcktarife wird rund 100 v. H. ausmachen, doch stehen die genauen Sätze noch nicht fest. Ebenso wird die Erhöhung der Schnellzugs- und Schlafwagengebühren etwa 45 v. H. betragen. Die genaue Festsetzung wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Württemberg

Stuttgart, 22. Mai. Umbildung des Staatsministeriums. Heute vormittag wurde im Staatsministerium die durch den Tod des Ministers Graf notwendig gewordene Veränderung des Staatsministeriums beraten. Die Zentrumspartei schlägt für das Ministerium des Innern den bisherigen Justizminister Holz vor, doch erhebt auch die Sozialdemokratie Anspruch auf dieses Ministerium neben dem Arbeitsministerium (Reil). Für das Justizministerium ist der Vorstand der Zentrumspartei, Oberrichter Herr Beyerle, in Vorschlag gebracht.

Stuttgart, 22. Mai. Brotpreis. Auf das Verlangen einiger selbstwirtschaftender Kommunalverbände, den Brotpreis zu erhöhen, hat der Vorstand des Landesverbandes würt. Amtskörperchaften zum Ausdruck gebracht, daß diese Erhöhung sehr vermieden werden müsse und auch keine Aussicht auf Genehmigung habe, solange die Ablieferungspreise Getreides der Reichsgüterbestände nicht erhöht seien. An den Verband der deutschen Landwirte wurde die Bitte gerichtet, bei der Reichsgüterbestände auf eine Senkung der Maßnahme und rechtzeitige Befreiung der Vorräte hinzuwirken.

Stuttgart, 22. Mai. Wert der Sachbezüge. Der Wert der zum Entgelt im Sinn des Angestelltenversicherungsgesetzes gehörigen Sachbezüge ist mit Wirkung vom 1. Mai d. J. bis auf weiteres wie folgt festgesetzt worden: Wohnung 150—100 M., Frühstück 200—200 M., zwei Besizer 400—350 M., Mittagessen 1500—1100 M., Abendsessen 600 bis 750 M., täglich 3000—2500 M., Familienwohnung jährlich 36—30 000 M., Heizung einer solchen 135 000 M., Beheizung einer solchen 36—30 000 M. Der Wert anderer Sachbezüge wird im Einzelfall festgesetzt.

Eindruck. In der Nacht zum Pfingstmontag wurden in einem Haus der Popiermaldstraße wertvolle Silberne Gegen-

stände gestohlen. Für die Beibringung ist eine Belohnung von 1 Million ausgesetzt.

Am Pfingstmontag nachmittags zwischen 3 und 6 Uhr wurde in einem Hause der oberen Kottbühlstraße ein Einbruch verübt. Dem Einbrecher fiel ein größerer Betrag Papiergeld, sowie Gold- und Silbermünzen in die Hände.

Betrug mit ungünstigen Dollarnoten. Am 15. Mai wurde hier in einem Uhrengeschäft zur Begleichung eines Kaufpreises in Höhe von 2 Millionen Mark eine der Noten über 100 Dollar, die während des Nordamerikanischen Bürgerkriegs in den Jahren 1861—1865 von den Konföderierten Staaten von Nordamerika ausgegeben wurden, unmittelbar nach diesem Krieg ihre Gültigkeit verloren und nur noch Sammlerwert haben, in Zahlung gegeben. Das Polizeipräsidium warnt vor dem Betrüger und ersucht um sachdienliche Mitteilungen.

Safesdasch M. Ernstheim, 22. Mai. Brand. Das katholische Wohnhaus mit Werkstätten des Schreinermeisters Wieland ist nebst vielen Borräten und fertigen Möbeln abgebrannt. Auch ein größeres Holzlager des Steinbruchbesizers Schön von Crolshausen wurde schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

Gönningen, 22. Mai. Drei goldene Hochzeiten. Am Pfingstfest feierten drei goldene Hochzeiten die goldene Hochzeit: Jakob Kemmer, Friedrich Reuthe und Albert Wagner.

Zehndorf, M. Ravensburg, 22. Mai. Zigeunerplage. Eine Bande von Zigeunern raubte hier Güter und Güter. Einer der Gefellen konnte verhaftet und ihm die Beute von zwei Tieren abgenommen werden, die übrigen waren mit ihren Wagen bereits über alle Berge.

Vom Bodensee, 22. Mai. Bootsunglück. Am Pfingstmontag nachmittag kippte ein Boot, in dem sich drei Personen befanden. 300 Meter von der Friedrichshofener Hafeneinfahrt entfernt, um. Das Boot fuhr in das Fahrwasser eines bayerischen Karsdampfers hinein und erhielt dadurch Schlagwasser. Obwohl bald Hilfe nahe, konnten die drei Personen die den ausgetriebenen Papieren nach aus Bortzheim kommen, nicht mehr gerettet werden. Sie verschwanden so fort in den Wellen.

Söflingen, 22. Mai. Töblicher Unfall. Der 18 Jahre alte vord. Martin Huber wurde von einem Kutschwagen angefahren, daß er zu Fall kam. Er mußte beinahe von Pflanz gezogen und bis zur Überführung in ein Krankenhaus in ein benachbartes Haus verbracht werden. Der Kutschkutscher einen Schädelbruch, an dessen Folgen der Unglückliche im Laufe der Nacht gestorben ist.

Freudenstadt. Die Goldene Hochzeit feierten am Pfingstmontag Georg Kantschler und S. Kantschler im 75. Jahre. Der Jubilar ist 75 Jahre und die Jubilarin 70 Jahre alt. Das Jubelpaar wurde von der Regierung und der Stadtgemeinde in der üblichen Weise geehrt.

Hilflos, 23. Mai. Vom Zug überfahren. Ein schwedischer Engländer passierte auf dem hiesigen Bahnhof. Der 8 Uhr-Abzug von Gorb her war mit 1/2 stündiger Verspätung eintrafen, um anschließend über die übliche Haltestelle des Bahnwagens hinauszufahren, wobei der diensttuende Hülfspostkutscher Fr. mit seinem Wagen nachfahren wollte. Dabei kam er jedoch mit der Radstange seines Wagens an den noch in Fahrt befindlichen Zug und wurde direkt unter den Zug gemauert, der ihm den Kopf fast vom Kumpfe trennte, und ein Bein abfuhr. Der Verunglückte, der wegen seines beschriebenen Wunsches und pflichtigen Charakters überall beliebt war, war etwa 45 Jahre, und hinterließ eine Frau mit zwei unversorgten Kindern. Er wohnte noch seinem Wegzug von Gorb in Gorb. Die Schweregeplagten Familie werden sich allgemeine Teilnahme zuwenden.

Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 23. Mai 1923

Schwabensjubiläum in Amerika. Das untre Konditor auch in Amerika ihren Mann stellen und treu zusammenhalten zeigt uns folgende Zeitschrift aus Brooklyn: „Der Herr Berger, der vor etwa 50 Jahren als Lehrling in der Buchbinderei Jattler in Magdeburg lernte, findet später sein Glück in Amerika. Seit vielen Jahren arbeitet er als Jünger Gutenberg am „Brook“. Kürzlich feierte er im engeren Familienkreise ein Jubiläum. Am 12. April gedachte er mit der Gattin der 39. Hochzeit seines Hochzeitsjahres. Am Tage darauf erreichte sich 50 Jahre in seinem Berufs als Buchbinder und zugleich 38 Jahre als Mitglied des Schwabischen Schwaerdbundes von Brooklyn, dem er seit 20 Jahren seine geschätzte Rolle als Broicoll-Sekretär gewidmet hat. Sein Goldjubiläum als Schriftsetzer wird aber noch Anlaß zu einer besonderen Feier durch seine Verursacher geben. Seine Schwabensfreunde und Heimatliebe hat er schon früher durch eine größere Spendenbeweise, wofür ihm auch an dieser Stelle herzlich gedankt wird. Die Schriftleitung des „Brook“ wünscht dem talentvollen Jünger seiner Druckerei einen gesunden Lebensabend und noch ein Wiedersehen der alten Heimat.“

ep. Kuchkinderschule. Die evangelische Oberkirchenbehörde richtet in ihrem Anblich an die Pfarrämter und Kirchenvereine namentlich der Landgemeinden und kleineren Städten die Bitte, den Jugendämtern behilflich zu sein, um für die unentgeltliche Aufnahme von zunächst 5000 schulpflichtigen Kindern aus dem Rhein- und Ruhrgebiet in Württemberg ausnahmsweise Familien ausfindig zu machen.

ep. Achtes Schuljahr und Konfirmationsalter. Zur Einführung des 8. Schuljahrs erläßt die evang. Oberkirchenbehörde, daß es kirchlicherseits nur begründet werden könne, wenn dieser Schritt mit sich bringe, daß die Kinder in einem reiferen Alter konfirmiert werden als das zurzeit vielfach geschehen müsse. Grundtätlich wird daher festgestellt, daß mit Einführung des 8. Schuljahrs der erste Konfirmationsunterricht in das 7. der zweite in das 8. Schuljahr fällt, so daß Konfirmation und Schulabschluss in zeitlichem Zusammenhang bleiben. Während der Lebenszeit kann die Aufnahme von Kindern des 6. Schuljahrs in den ersten Konfirmationsunterricht nicht verlangt werden, wenn der Beginn desselben Beschlüsse des Ortskirchenrats und Gemeindevorstands über die Einführung des 8. Schuljahrs noch nicht vorliegen; würde das 8. Schuljahr dann doch noch durchgeführt, so steht es den Eltern frei, ob ihre Kin-



